



Imperialismus made in Germany?

Soldaten kommen in die Schulen und in die Jobcenter um Werbung zu machen für eine "Karriere" bei der Bundeswehr und für die selbstlose Beteiligung der deutschen Armee an "Friedenseinsätzen" und "Aufbauhilfe" im Namen der Menschenrechte. Gleichzeitig versucht die Bundeskanzlerin Angela Merkel "Europa" mit einem "Rettungsschirm" vor dem Untergang zu bewahren. Es scheint als würde Deutschland sich international immer stärker einmischen. Und immer stehen die guten Taten dabei im Vordergrund. Aber es gibt eine Menge Gründe, diesen Behauptungen zu misstrauen.

„Friedenseinsatz“ in Afghanistan?

Die Bundeswehr in Afghanistan ist nicht aus Menschenliebe vor Ort. Denn das Gebiet ist ein wichtiger Punkt für eine militärische Kontrolle der ganzen Region. Hier liegt auch eine der wichtigsten Transportrouten für Öl und andere wichtige Rohstoffe. Von der „Entwicklungshilfe“ profitieren auch deutsche Unternehmen prächtig. Gleichzeitig geht es der Bevölkerung Jahre nach dem Einmarsch der Truppen schlechter als zuvor. Über die Hälfte der Menschen werden extrem schlecht mit Essen und Trinken versorgt. Die Rechte der Frauen stehen zwar auf dem Papier, ihre eigentliche Situation hat sich aber sogar verschlechtert. Dazu die tägliche Gewalt durch die Armee, die Widerstand hervorbringt. Das unterstützt auch noch die religiösen

Fanatiker. Die Beseitigung ihrer Herrschaft war aber das vorgebliche Ziel des Einsatzes!

Die BRD rettet die Europäische Union?



Auch Angela Merkel versucht weniger die Idee der Europäischen Union zu retten, als vielmehr die Grundlagen für den Reichtum deutscher Unternehmen zu sichern. Denn der „Exportweltmeister“ Deutschland bringt den größten Teil seiner Waren in Länder der EU. Dabei kommen vor allem die nahezu weggefallenen Handelshemmnisse und die gemeinsame Währung den deutschen Unternehmen zugute. Die Lohnzuwächse in der BRD gehören zu den niedrigsten der EU und machen so die Waren, zu

Lasten der Beschäftigten hier, konkurrenzfähiger. Auf diese Weise haben deutsche Unternehmen dafür gesorgt, dass die meisten Länder der EU viel mehr Waren einführen als exportieren. Die Folge ist, dass die Regierungen Geld ausgeben müssen, dass sie nicht haben. Weil aber der EU-Stabilitätspakt verbietet, einfach mehr Schulden zu machen oder gar mehr Geld zu drucken, haben diese Länder jetzt ein großes Haushaltsproblem. Der „Rettungsschirm“ für den die BRD so viel Geld zur Verfügung stellen soll, „rettet“ aber nicht nur die Staatsfinanzen, sondern vor allem deutsche Banken, bei denen die Länder zum großen Teil verschuldet sind. An solche Geldhilfen werden dann auch noch von den Regierungen Forderungen gebunden. Sie kürzen also vor allem soziale Ausgaben, um ihren Staatshaushalt wieder in schwarze Zahlen zu bringen. Die deutsche Regierung wird durch ihre Finanzhilfen für die Europäische Union immer einflussreicher. Es häufen sich sogar Vorschläge, Ländern, die in Zahlungsschwierigkeiten kommen, das Stimmrecht bei der Verabschiedung von EU-Regelungen zu entziehen! Diese Beispiele machen klar, dass die Bemühungen der deutschen Regierung vor allem im langfristigen Interesse der deutschen Unternehmen und nicht in dem der deutschen LohnarbeiterrInnen sind. Sie sind nicht im Interesse der ArbeiterInnen und Armen aller Länder!

Was das OSZ angeht...

Am 6. Januar wurden SchülerInnen in eine andere Klasse strafversetzt. Grund: angeblich sind sie „Störenfriede“. Zur Auswahl der Opfer der Aktion wurde der Schulleitung von dienstfertigen LehrerInnen eine „Schwarze Liste“ vorgelegt. Aus der wurden dann drei Leute rausgepickt. Dass von der Aktion 3 Klassengefüge betroffen sind, hat niemanden geschert. Die SchülerInnen hat keiner gefragt. Wie sollen wir glauben, dass es darum geht, uns ein gutes Umfeld zu schaffen? Die effektive Botschaft ist: „Wer Probleme hat, wird aussortiert!“ Schule als Vorbereitung aufs Arbeitsleben: „mie-se Verhältnisse still ertragen“, „nach oben buckeln, nach unten treten“, „immer den Vorgesetzten

zu Diensten sein“ – Das Geschwätz von der „Erziehung zu mündigen Menschen“ ist offenbar einen feuchten Dreck wert. Ein erster Schritt wäre, dass die SchülerInnen wieder in ihre alte Klasse dürfen und gemeinsam über die Probleme geredet wird.

Regierung in Tunesien gestürzt

Die Regierung von Tunesien ist gestürzt worden! Der tunesische Diktator Ben Ali war seit 23 Jahren an der Macht und hatte sich durch Korruption selbst bereichert. Doch Proteste von arbeitslosen Jugendlichen und ArbeiterInnen zwangen ihn aus dem Land zu fliehen. Und das, obwohl er über 100.000 PolizistInnen unter Befehl hatte, um sein Regime zu schützen!

Die korrupten Regimes in anderen arabischen Ländern schauen nun mit Sorge auf Tunesien und fürchten, dass ihnen das Gleiche passieren könnte. Denn in Algerien, Ägypten und Jordanien gab es in den letzten Wochen ebenfalls Proteste.

Nun ist in Tunesien eine „Übergangsregierung der nationalen Einheit“ gebildet worden. Diese besteht aber aus MitarbeiterInnen des gestürzten Diktators! Die europäischen Mächte, die gutes Geld unter der Diktatur von Ben Ali verdienen konnten, fordern jetzt „Stabilität“ – weil sie weiterhin mit den alten Herrschaftscliquen Geld machen wollen. Doch Tausende TunesierInnen gehen weiterhin auf die Straße, denn sie wollen nicht „Stabilität“ sondern wirkliche Veränderung.

MARXOPEDIA

Veranstaltungsreihe zur Einführung in den Marxismus
Mittwochs um 18 Uhr im Blauen Salon im Mehringhof,
Gneisenastr. 2a, U6/U7 Mehringdamm, Berlin-Kreuzberg

In letzter Zeit hört man öfter, dass das System, in dem wir leben, nicht so richtig funktioniert. Aber gibt es eine Alternative? Der Marxismus analysiert den Kapitalismus und



zeigt auf, wie er überwunden werden kann. Dabei hat der Marxismus jedoch nichts mit bürokratischen Systemen wie der DDR zu tun. Bei der "MARXOPEDIA"-Reihe wollen wir einige Grundbegriffe des Marxismus erklären. Dabei gibt es keine Vorlesungen von alten ProfessorInnen, sondern kurze Vorträge von jungen Menschen und sehr viel Zeit für anschließende Diskussion. Wir wollen auf Fragen und Widersprüche eingehen und gemeinsam unser Verständnis vertiefen. Also komm vorbei und diskutiere mit!

25.01.: Wirtschaftskrise, schon vorbei?

Bundesregierung, Banken und Konzerne sagen, die Krise sei überstanden. Doch wozu dann Sparpakete für die Bevölkerungen der Euro-Länder und Rettungsschirme für die Banken? Wir möchten mit euch darüber diskutieren, ob die Krise wirklich schon vorbei ist und welche Alternative es zum System der Krisen geben kann.

Dies ist auch Dein Flugblatt! Es soll auch Dir möglich machen, Dich besser mit den anderen OSZlerInnen auszutauschen. Du kennst die chaotischen Zustände und die Missstände am OSZ - teile sie den anderen mit! Diese Probleme sollten von allen SchülerInnen diskutiert werden. Nur wenn wir uns organisieren, können wir die Probleme auch ernsthaft anpacken. Das können wir nicht irgendwel-

chen Leuten in irgendwelchen Positionen überlassen, sondern müssen uns selbst darum kümmern. AktivistInnen und FreundInnen von RIO (der Revolutionären Internationalistischen Organisation) starten deshalb dieses regelmäßige Flugblatt. Wir denken, dass die Marktwirtschaft (der Kapitalismus) die Umwelt zerstört, Rassismus und Nationalismus stärkt und unsereins zu SklavInnen von Unternehmen

macht, die uns zu möglichst niedrigen Löhnen möglichst lange schufteten lassen. Nicht die Bedürfnisse von Allen, sondern Cash für die Unternehmen ist das Gebot, nach dem hier alles funktioniert. Dagegen hilft es nur, sich zu organisieren. Die chaOSZeitung soll einen Beitrag dazu leisten - hilf mit!

sprich uns an oder schreib an
info@revolution.de.com